

# PROSTITUTION

Bundeslagebild Kriminalität 2009



Kriminalitätsentwicklung der letzten 10 Jahre



## INHALTSVERZEICHNIS

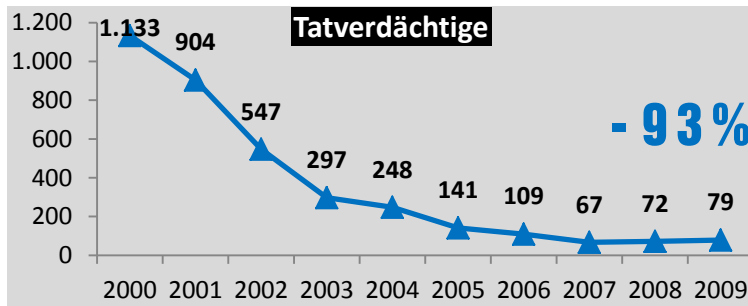
1.	VORBEMERKUNG	4
2.	DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER KRIMINALITÄTSLAGE	5
2.1.	Ausbeutung von Prostituierten	5
2.2.	Zuhälterei	6
2.3.	Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung	7
3.	GESAMTBEWERTUNG UND AUSBLICK	9
3.1.	Gesamtlage	9
3.2.	Gesamtlage – Trend	10
4.	ROHDATEN	11
	DEFINITIONEN	12



## 2. DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER KRIMINALITÄTSLAGE

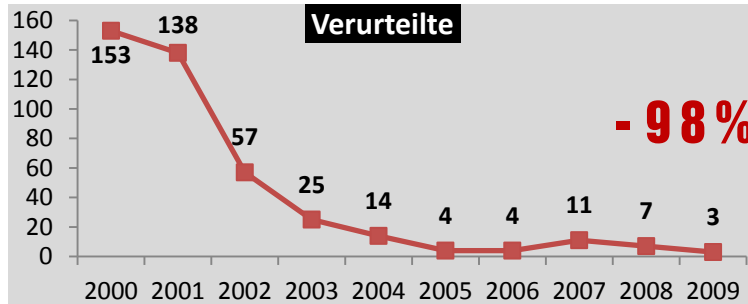
## 2.1. Ausbeutung von Prostituierten (§ 180a StGB)

Mit der Einführung des Prostitutionsgesetzes 2002 wurde der Paragraph 180a des Strafgesetzbuches a. F. *Förderung der Prostitution* geändert in *Ausbeutung von Prostituierten*. Der Gesetzgeber hat damit die gewandelte Moralauffassung der Gesellschaft umgesetzt, indem er das Verdikt der Sittenwidrigkeit für die Prostitutionsausübung abschaffte.



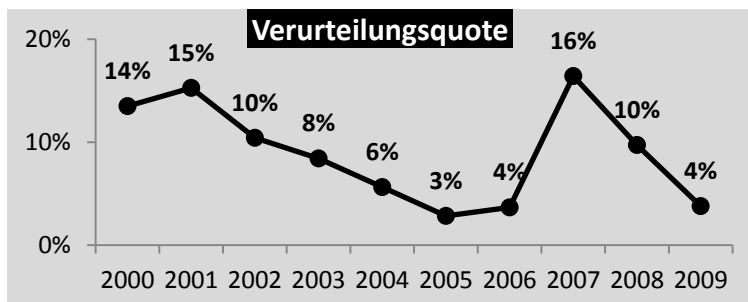
Daten: PKS

Durch den Wegfall der Sanktionierung adäquater Arbeitsbedingungen, die den Verbleib in der Prostitution (angeblich) förderten, ist primär nur noch das Halten in persönlicher oder wirtschaftlicher Abhängigkeit in einer Prostitutionsstätte tatbestandsrelevant.



Daten: StBA

Die Rechtsprechung quittiert die neue Rechtslage in einer deutlichen Sprache. Den Tatbestand der Ausbeutung für eine einzige Tätigkeit spezialgesetzlich zu bestimmen ist fragwürdig, da keine andere Form der Ausbeutung der Arbeitskraft im Strafgesetzbuch geregelt ist.

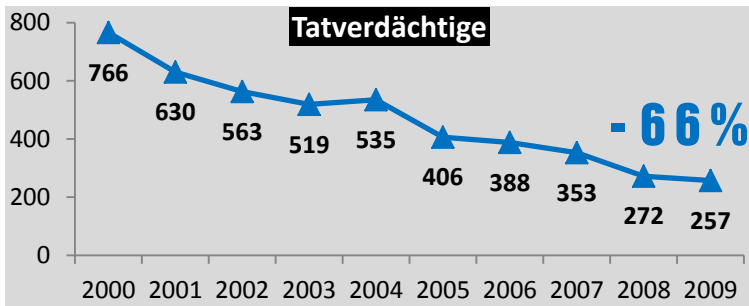


Seit der Änderung des § 180a im Jahr 2002 war die Beweislage nur für durchschnittlich jeden 6. Tatverdächtigen ausreichend, um ein Hauptverfahren zu eröffnen und nur bei jedem 13. kam es zu einer Verurteilung.

## 2. DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER KRIMINALITÄTSLAGE

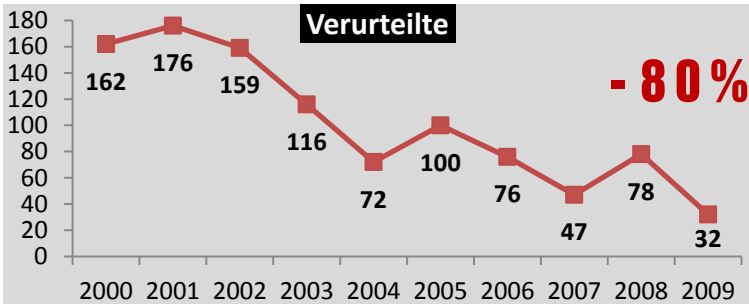
## 2.2. Zuhälterei (§ 181a StGB)

Ist in § 180a StGB das Unterhalten einer Prostitutionsstätte notwendig für die Ausbeutung von Prostituierten, so ist für den Tatbestand der Zuhälterei nach § 181a StGB eine Einzelbeziehung zwischen Täter und Prostituierte Voraussetzung. Schutzgut ist die sexuelle Selbstbestimmung zur Sicherung der persönlichen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit.



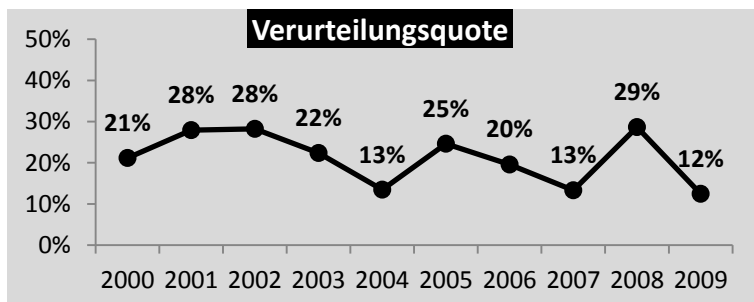
Daten: PKS

Mit Zunahme legal geführter Prostitutionsstätten verkleinert sich die Zahl zuhalterabhängiger Prostituierten. Das in den Medien verbreitete Bild des männlichen Zuhälters lässt sich nicht bestätigen; jeder 5. Tatverdächtige ist weiblich.



Daten: StBA

Bei den Verurteilten wird es noch deutlicher, jede 4. ist eine Frau. Seit 2002 unterliegt das Bestimmen von Arbeits-Ort/Zeit nicht mehr der Strafbarkeit i.S. der dirigierenden Zuhälterei. § 3 des ProstG weist explizit ein eingeschränktes Weisungsrecht aus.

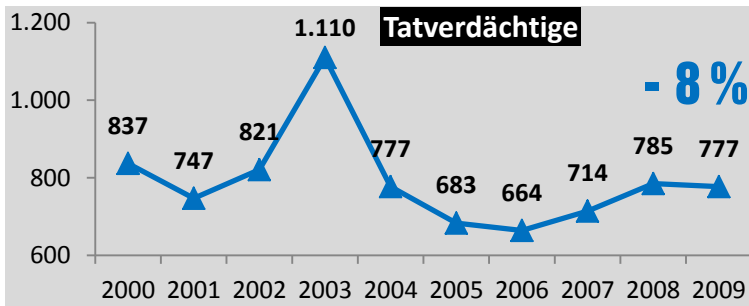


Die durchschnittliche Verurteilungsquote bei Männern beträgt 20% und bei Frauen 30%. Wenn es zur Eröffnung des Hauptverfahrens kommt, dann erfolgt bei 74% der Angeklagten eine Verurteilung.

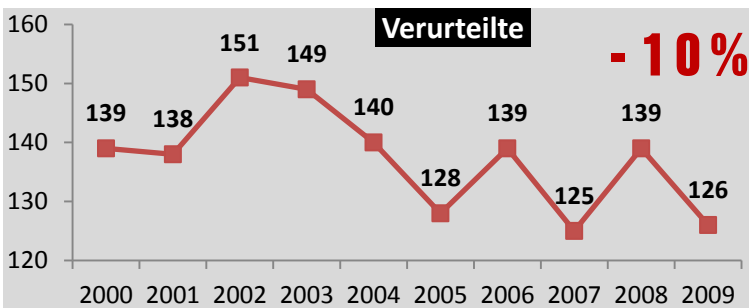
## 2. DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER KRIMINALITÄTSLAGE

### 2.3. Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung (§ 232 StGB)

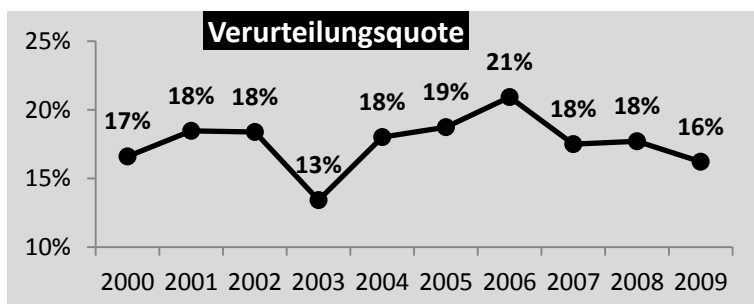
2005 hat der Gesetzgeber den Strafrechtsparagrafen präzisiert und mehrere Tatbestände in dem neuen § 232 zusammengefasst. Primär handelt es sich um ein Kontrolldelikt. In den letzten Jahren resultierten ca. 45% der Ermittlungsverfahren aus polizeilichen Maßnahmen, ca. 38% durch Anzeigen der Opfer und ca. 17% durch Anzeigen Dritter.



Daten: BKA



Daten: StBA



Im Zuge der EU-Osterweiterung kam es zu einer Verschiebung der Nationalitäten der Tatverdächtigen. Angeführt wird die Liste mit Deutschland; mittlerweile haben jedoch Bulgarien und Rumänien die Türkei von Platz zwei verdrängt.

Durchschnittlich wird gegen jeden 5. Tatverdächtigen das Hauptverfahren eröffnet und jede 7. Verurteilte ist weiblich.

Die Amplitude der letzten sechs Jahre ist im wesentlichen auf die Überschneidung von Verfahrensdauer und Jahreswechsel zurückzuführen.

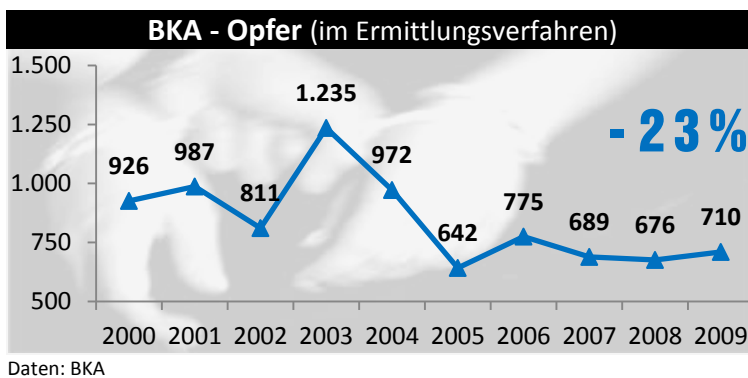
Einen Beitrag zur Eindämmung des Menschenhandels leisten die Betreiberinnen und Betreiber legal geführter Prostitutionsstätten. Sie kooperieren mit Ermittlungsbehörden/Beratungsorganisationen und melden mögliche Menschenhandelsopfer. Bis dato existiert aber kein Projekt, weder auf Bundes- noch auf Länderebene, das das Engagement der BetreiberInnen fördert. Neun Jahre nach Legalisierung der Prostitution sollte ein Umdenken stattfinden.

## 2. DARSTELLUNG UND BEWERTUNG DER KRIMINALITÄTSLAGE

### 2.3. Menschenhandel zum Zweck der sex. Ausbeutung (§ 232 StGB) - Opfer

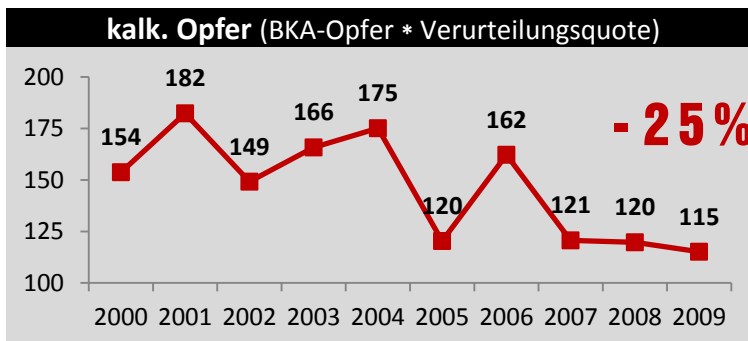
Es besteht Konsens, dass neben dem polizeilichen Hellfeld ein Dunkelfeld existiert, dessen Ausmaß aufgrund fehlender wissenschaftlich durchgeführter Dunkelfeldforschung nicht bezifferbar ist. Die Frage nach belastbaren Zahlen steht bei allen Verhandlungen um notwendige Maßnahmen im Raum. Teilweise wird mit nicht bewiesenen Mutmaßungen diese bestehende Lücke gefüllt.<sup>1</sup>

Die von Medien und Politik häufig ins Feld geführte Aussage über eine kontinuierliche Zunahme an Opfern lässt sich im Rahmen der Langzeitbetrachtung nicht bestätigen. Der vielfach verwendete Terminus „*Zwangsprostituierte*“ ist kein rechtlich definierter Begriff. Es handelt sich um eine Wortschöpfung die in der medialen und politischen Debatte benutzt wird. In der juristischen und soziologischen Fachliteratur ist umstritten, inwieweit der Begriff vereinfachend wirkt. Dem Terminus wird entgegengehalten, dass er strukturelle Probleme von Migration und Wohlstandsgefällen in Täter-Opfer-Schemata zu pressen versucht.

Bericht 2009 des BKA<sup>2</sup>:

Die Anzahl der unter Gewaltanwendung zur Prostitutionsausübung gezwungenen Opfer ist gegenüber dem Vorjahr gesunken: Sie beträgt 10 %.

Bei der Anwerbung im Heimatland gaben 45% aller ermittelten Menschenhandelsopfer an, mit der Prostitutionsausübung einverstanden gewesen zu sein.



Wann ist ein Opfer ein Opfer?  
Ein von Ermittlungsbehörden  
definierter Verdächtiger ist erst  
nach Verurteilung ein Täter<sup>3</sup>. Ist  
gleichwohl ein im Ermittlungs-  
stadium definiertes Opfer auch  
erst nach Verurteilung eines  
Täters ein „reales“ Opfer?

<sup>1</sup> KOK, Studie Bekämpfung des Menschenhandels, März 2010, S. 19

<sup>2</sup> BKA Menschenhandelsbericht 2009, S. 10

<sup>3</sup> Unschuldsvermutung, Art. 11 Abs. 1 UN-Deklaration Menschenrechte; Art. 6 Abs. 2 EMRK



### 3. GESAMTBEWERTUNG UND AUSBLICK

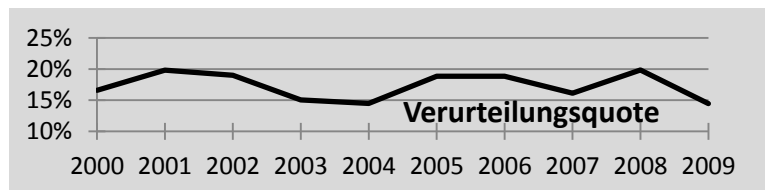
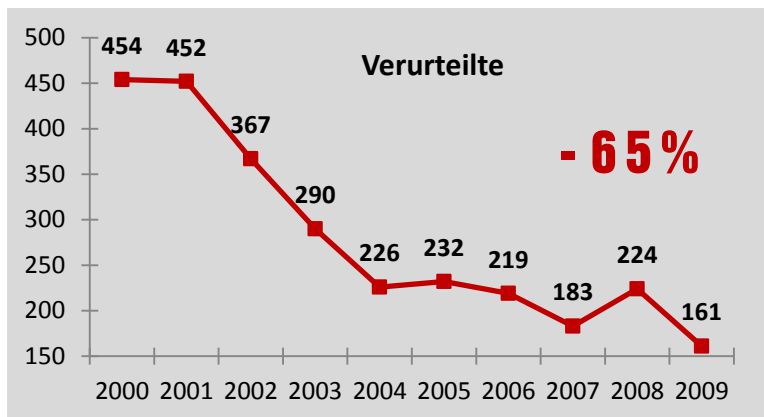
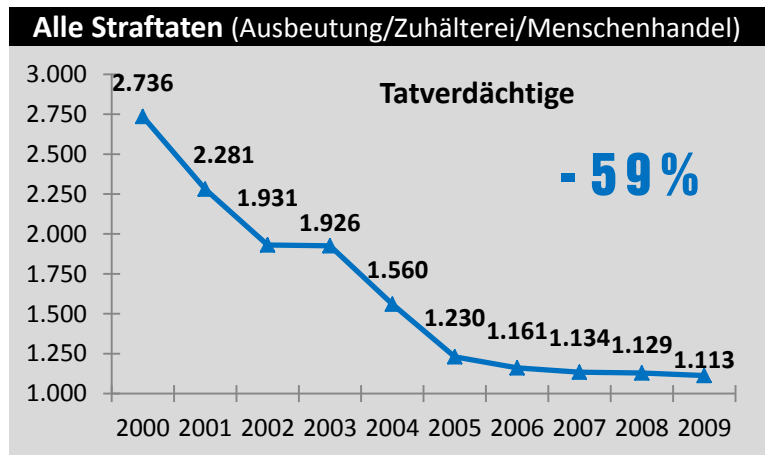
### 3.1. Gesamtlage

Im Rahmen der 2002 überarbeiteten Strafrechtsparagrafen *Ausbeutung von Prostituierten* (§ 180a StGB) und *Zuhälterei* (§ 181a StGB) hat der Gesetzgeber bewusst strengere Anforderungen an den Nachweis von Straftaten gestellt. Aus Strafverfolgungssicht wird teilweise beklagt, dass Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt wurden. Das erhöhte Beweis- anforderungen aber tatsächlich die Arbeit beeinträchtigen kann nicht festgestellt werden<sup>4</sup>.

Sanktionierte Tatbestände vor 2002 sind heute nicht mehr strafbar. Das ist ein Ergebnis des vom Gesetzgeber beseitigten Makels der Sittenwidrigkeit der Prostitution. Dies erklärt auch weitgehend den Rückgang von Straftaten im Bereich von Zuhälterei und Ausbeutung.

In der Gesamtdarstellung aller mit der Prostitution verbundenen Straftaten ist seit der Strafrechtsänderung 2002 die Anzahl der Tatverdächtigen um 42% zurückgegangen. Die Verurteilungen sanken im gleichen Zeitraum um 56%. Im 10-Jahresvergleich verringerte sich die Anzahl der Verdächtigen sogar um 59% und es wurden 65% weniger Täter verurteilt.

Das Verhältnis von Tatverdächtigen zu Verurteilten schwankt konstant in einer Bandbreite von 15-20%. Der Durchschnittswert liegt bei 17%. Gegen 23% aller Verdächtigen wird das Hauptverfahren eröffnet.



<sup>4</sup> BT-Drs. 16/4146 S. 25 ff.; *Schmidbauer*, NJW 2005, S. 871 (873)



## 4. ROHDATA

### Förderung der Prostitution / Ausbeutung von Prostituierten

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Erfasste Fälle (PKS)	1.365	929	620	326	194	130	103	58	58	62
Tatverdächtige (PKS)	1.133	904	547	297	248	141	109	67	72	79
davon Frauen	373	304	176	100	74	58	31	26	18	22
Abgeurteilte (StBA)	205	190	112	66	32	12	11	19	8	10
davon Frauen	87	73	47	19	13	6	4	8	1	2
Verurteilte (StBA)	153	138	57	25	14	4	4	11	7	3
davon Frauen	62	53	20	7	6	2	2	5	1	0

## Zuhälterei

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Erfasste Fälle (PKS)	1.104	1.010	667	578	476	436	422	360	282	298
Tatverdächtige (PKS)	766	630	563	519	535	406	388	353	272	257
davon Frauen	175	130	111	98	101	69	62	64	54	45
Abgeurteilte (StBA)	193	206	205	149	108	152	100	95	112	61
davon Frauen	63	76	56	39	28	47	23	24	30	8
Verurteilte (StBA)	162	176	159	116	72	100	76	47	78	32
davon Frauen	52	52	41	28	18	35	16	10	19	4

## Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Opfer (BKA)	926	987	811	1.235	972	642	775	689	676	710
mit der Prostitution einverstanden*	169	314	216	399	201	199	271	234	223	320
Ermittlungsverfahren (BKA)	321	273	289	431	370	317	353	454	482	534
Tatverdächtige (BKA)	837	747	821	1.110	777	683	664	714	785	777
davon Frauen	149	124	198	226	167	150	219	157	188	179
Abgeurteilte (StBA)	156	173	183	171	172	158	177	158	175	192
davon Frauen	24	33	43	43	37	32	37	35	38	41
Verurteilte (StBA)	139	138	151	149	140	128	139	125	139	126
davon Frauen	24	26	31	40	9	24	27	30	27	28

\* als Prozentsatz in den BKA-Berichten angegeben

## Erläuterungen

Förderung der Prostitution: § 180a | ab 2002 Ausbeutung von Prostituierten: § 180a

Zuhälterei: §§ 181 Abs. 1 Nr. 1 und 181a | ab 2006 Zuhälterei: § 181a

Menschenhandel u. Förderung: §§ 180b und 181 Abs. 1 Nr. 2 u. 3 | ab 2006: §§ 232 und 233a

## Datenquellen

## Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS)

Statistisches Bundesamt, Strafverfolgung, Fachserie 10 Reihe 3 (StBA)

Bundeskriminalamt, Lagebild Menschenhandel (BKA)

## 4. DEFINITIONEN

# Strafverfahren

Die Staatsanwaltschaft prüft in Strafsachen auf der Grundlage der polizeilichen Ermittlungsarbeit, ob die Beweise für die Täterschaft eines Beschuldigten ausreichend sind. Dann kann sie beim Strafgericht Anklage erheben (Vorverfahren). Das Gericht prüft seinerseits die vorgelegten Beweismittel (Zwischenverfahren) und entscheidet, ob ein Strafverfahren eröffnet und der Beschuldigte angeklagt wird (Hauptverfahren). Ein solches Verfahren endet entweder mit einer Verurteilung der angeklagten Person, einem Freispruch oder der Einstellung des Strafverfahrens, wobei diese mit Auflagen - etwa der Zahlung eines Geldbetrags an die Staatskasse - verbunden sein kann.

## Verdächtiger

ist eine (natürliche) Person, gegen die ein Anfangsverdacht einer Straftat besteht.

## Beschuldigter

ist ein Verdächtiger, wenn gegen ihn ein Ermittlungsverfahren betrieben wird.

## Angeschuldigter

ist ein Beschuldigter, wenn Staatsanwaltschaft/Amtsanwaltschaft Anklage erhebt.

## Angeklagter

ist ein Angeschuldigter, wenn das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens beschließt.

## Abgeurteilte

sind Angeklagte, gegen die ein Strafverfahren nach Eröffnung eines Hauptverfahrens durch Urteil, Strafbefehl oder Einstellungsbeschluss rechtskräftig abgeschlossen worden ist. Ihre Zahl setzt sich zusammen aus den Verurteilten und aus Personen, gegen die andere Entscheidungen – Freispruch, Einstellung des Strafverfahrens, Absehen von Strafe, Anordnen von Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie Überweisung an den Vormundschaftsrichter – getroffen wurden.

## Verurteilte

sind Straffällige, gegen die nach allgemeinem Strafrecht Freiheitsstrafe, Strafarrrest oder Geldstrafe verhängt worden ist oder deren Straftat nach Jugendstrafrecht mit Jugendstrafe, Zuchtmittel oder Erziehungsmaßnahmen geahndet wurde.